

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/3489 –**

**Kinder und Jugendliche beim Aufholen von pandemiebedingten Lernrückständen  
und der Milderung von psychosozialen Folgen nicht allein lassen**

### **A. Problem**

Die Fraktion der CDU/CSU macht darauf aufmerksam, dass die Corona-Pandemie und die erforderlich gewordenen staatlichen wie gesamtgesellschaftlichen Gegenmaßnahmen Kinder und Jugendliche in ganz Deutschland erheblich in ihrer persönlichen Entwicklung eingeschränkt und beeinträchtigt hätten. Sie kritisiert, dass das einzige derzeit existierende Bundesprogramm zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung der Corona-Folgen, das sog. Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“, mit Blick auf die Lernförderung Ende des Jahres ersatzlos auslaufe.

### **B. Lösung**

Damit Kinder und Jugendliche pandemiebedingte Lernrückstände aufholen können und psychologische Folgen abgemildert werden, fordert die Fraktion der CDU/CSU, dass die Bundesregierung in Kooperation mit den Ländern ein Förderprogramm entwickelt. Ein solches Programm solle die nahtlose Anschlussförderung an das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ sicherstellen. Alternativ wird vorgeschlagen, das bestehende Aktionsprogramm für die Jahre 2023 und 2024 zu verlängern. Zusätzlich wird eine digitale Aufholstrategie gefordert, bei der alternative Lernansätze etwa aus dem Bereich der Gamification im Mittelpunkt stehen.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/3489 abzulehnen.

Berlin, den 28. September 2022

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Kai Gehring**  
Vorsitzender

**Katrin Zschau**  
Berichterstatterin

**Daniela Ludwig**  
Berichterstatterin

**Nina Stahr**  
Berichterstatterin

**Ria Schröder**  
Berichterstatterin

**Nicole Höchst**  
Berichterstatterin

**Nicole Gohlke**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Katrin Zschau, Daniela Ludwig, Nina Stahr, Ria Schröder, Nicole Höchst und Nicole Gohlke**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/3489** in seiner 54. Sitzung am 22. September 2022 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Digitales zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion der CDU/CSU macht darauf aufmerksam, dass die Corona-Pandemie und die erforderlich gewordenen staatlichen wie gesamtgesellschaftlichen Gegenmaßnahmen Kinder und Jugendliche in ganz Deutschland erheblich in ihrer persönlichen Entwicklung eingeschränkt und beeinträchtigt hätten. Sie kritisiert, dass das einzige derzeit existierende Bundesprogramm zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung der Corona-Folgen, das sog. Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“, mit Blick auf die Lernförderung Ende des Jahres ersatzlos auslaufe.

Die Bundesregierung solle im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel aufgefordert werden,

- kurzfristig gemeinsam mit den Ländern die Verhandlungen zu einem besseren neuen Förderprogramm des Bundes zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen beim Aufholen von pandemiebedingten Lernrückständen und zur Milderung von psychosozialen Folgen aufzunehmen, von dem Schülerinnen und Schülern an allen Schulen in Deutschland profitieren und das eine nahtlose Anschlussförderung ab dem 1. Januar 2023 sicherstellt;
- alternativ das bestehende Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2023 bis 2024 zu verlängern und bis Ende des Jahres 2022 gemeinsam mit den Ländern eine Verständigung über die inhaltliche Weiterentwicklung sowie die Implementierung von objektiven und unabhängigen Wirkungsanalysen zu erzielen;
- zusätzlich eine digitale Aufholstrategie zu beschließen. Im Mittelpunkt sollen hierbei alternative Lernansätze stehen etwa aus dem Bereich der Gamification, sprich der spielerischen Vermittlung von Lerninhalten, sowie innovativer Unterrichtskonzepte wie flipped classroom, in dessen Rahmen Lerninhalte eigenständig etwa durch Erklärvideos oder durch digitale Lernformate von Schülerinnen und Schülern zuhause erarbeitet und darauf aufbauend in der Schule besprochen werden. Etwaige Ansätze können einen Beitrag leisten, die Motivation von Lehrerinnen und Lehrern sowie eine individuellere Beschulung noch stärker anzuregen. Mit Blick auf Gamification sollen in einem Wettbewerb etablierte wie ausdrücklich neue Anbieter und Startups innovative Konzepte umsetzen können samt anschließender Wirkungsanalyse. Flankiert werden soll dies auch durch Schüleraufhol-Wettbewerbe, um weitere Anreize für Schülerinnen und Schüler zu setzen. Da dieses Lernen neben der normalen Unterrichtszeit stattfinden muss, sind hier alle Möglichkeiten für Motivation und Anreize voll auszuschöpfen.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 20/3489 in seiner 19. Sitzung am 28. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Digitales** hat den Antrag auf Drucksache 20/3489 in seiner 18. Sitzung am 28. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/3489 in seiner 21. Sitzung am 28. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** weist zunächst auf das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ hin. Hinsichtlich der Kritik an diesem Programm sei anzumerken, dass dieses in einer schwierigen Situation aufgrund des dringenden Handlungsbedarfs schnell erarbeitet worden sei. Der Handlungsbedarf bestehe aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion aber weiterhin. Aufgrund der bisherigen Untätigkeit der Bundesregierung fordere man im Antrag, dieses Programm weiter fortzuführen oder gemeinsam mit den Ländern an Verbesserungen zu arbeiten, zum Beispiel durch Ausschreibungen für digitale Nachhol- oder Lernangebote, die für Schüler/-innen zugänglich seien.

Es sei klar erkennbar, dass unabhängig von der Schulart Lücken bei Schüler/-innen vorhanden seien. Dieser Herausforderung müsse man sich stellen und dürfe nicht darauf hoffen, dass sich das Problem von alleine oder durch eine Anpassung der Benotung lösen lasse. Darüber hinaus spreche man sich auch für eine Weiterführung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ aus.

Die **Fraktion der SPD** stellt dar, dass sich die Ampelkoalition intensiv mit den Herausforderungen und Schief-lagen im Bildungssystem – und somit auch mit den Pandemiefolgen – beschäftige. Es seien zusätzliche Lernlücken entstanden, gerade bei Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien und mit Migrationshintergrund. In Bezug auf die Frage, wie Lernrückstände aufgeholt werden könnten, gebe es jedoch keine einfachen Antworten. Zusammen mit den Ländern, die bei der Planung und Umsetzung solcher Bund-Länder-Programme vor wiederkehrenden grundlegenden Forderungen stünden, wolle man Schlüsse aus der Umsetzung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ ziehen, insbesondere für die Konzeption des Startchancen-Programms. In diesem Prozess befinde man sich derzeit, wobei auch die Anliegen der Länder berücksichtigt würden.

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) untersuche in einer aktuellen Studie, wie Kooperationen von Bund und Ländern im Bildungsbereich gestaltet werden könnten und welche Voraussetzungen gegeben sein müssten, um drängenden Herausforderungen im Schulbereich effizient und effektiv gemeinsam zu begegnen. Die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 21 spiegelten teilweise Effekte der pandemiebedingten Einschränkungen des Schulbetriebs in Deutschland wieder. Bei den Schülerinnen und Schülern der vierten Jahrgangsklasse fielen die im Mittel erreichten Kompetenzen in allen untersuchten Kompetenzbereichen in den Fächern Deutsch und Mathematik im Jahr 2021 signifikant niedriger als im Jahre 2016 aus. Dabei werde seitens der Wissenschaftler/-innen darauf hingewiesen, dass der gesamte Rückgang in den erreichten Kompetenzen nicht alleine den Folgen der Pandemie zuzuschreiben sei. Auch werde angemerkt, dass temporäre Programme nicht grundlegend helfen könnten. Notwendig seien langfristig angelegte Förderstrategien mit Fokus auf die besonderen Risikolagen der Schüler/-innen.

Als das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ beschlossen worden sei, sei es Ländern und Bund darum gegangen, schnelle Hilfen für pandemiebedingte Lernrückstände zu schaffen sowie die psychosozialen Folgen abzumildern. Gleichzeitig müsse allen Beteiligten die begrenzte Wirksamkeit und die Umsetzungsschwierigkeiten bewusst gewesen sein. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) habe darauf hingewiesen, dass die eingesetzten Mittel nicht ausreichen würden, um die Folgen der Pandemie in der Zielgruppe der Null- bis Neunzehnjährigen vollständig zu kompensieren. Die SWK habe den Ländern hinsichtlich der Fördermaßnahmen im Schuljahr 2021/2022 unter anderem empfohlen, Lernstände zu erheben, sich auf die schlechteste Schülerschaft zu konzentrieren, einen Fokus auf die Fächer Deutsch und Mathematik zu legen sowie die Übergangphasen im Beratungsverlauf besonders zu berücksichtigen. Gleichzeitig habe die Kommission darauf hingewiesen, dass neben

den temporären Programmen zukünftige Länderstrukturen aufgebaut werden müssten, die der Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig entgegenwirkten. Schließlich sei zu beachten, dass Lernstandserhebungen unbedingt hätten erfolgen müssen. Das seien Aspekte, die man im Blick behalten müsse für die Neugestaltung der kommenden Programme.

Die **Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN** begrüßt, dass das Thema der pandemiebedingten Folgen in den Blick genommen werde. Man teile die Analyse, dass es erhebliche psychosoziale Folgen und Lernrückstände gebe. Allerdings teile man die Schlussfolgerung nicht, dass ein einfaches Aufholprogramm die Antwort sein könne. Denn es gehe nicht nur um Lernrückstände, sondern auch darum, Kinder und Jugendliche in ihrer gesamten Entwicklung weiterhin zu unterstützen, was mit einem kurzfristigen Programm alleine nicht gelingen werde. Es brauche eine dauerhafte und gezielte Unterstützung, weshalb man das Startchancen-Programm auflege. Eine weitere Unterstützung erfolge auch durch das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit, welches in der Zuständigkeit des Bundesfamilienministeriums liege.

Es sei grundsätzlich zu begrüßen, dass im Antrag der CDU/CSU-Fraktion Lösungsvorschläge aufgeführt seien. Allerdings sehe man es eher kritisch, wenn einer von drei Vorschlägen die „Gamification“ sein solle. Dies sei zwar ein guter alternativer Lernansatz, mit dem jedoch die großen Probleme wie beispielsweise die psychosozialen Folgen nicht begegnet werden könnten. Hier brauche es umfassendere Programme wie das geplante Startchancen-Programm.

Die **Fraktion der FDP** betont zunächst, ein wichtiger Beitrag der Bundesregierung für die Schüler/-innen sei es, dass es keine Schulschließungen mehr geben werde. Geschlossene Schulen hätten nämlich nicht nur Lernrückstände zur Folge, sondern betreffen auch die psychosoziale Entwicklung. An beiden Stellen müsse nun aufgeholt werden.

Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion leiste hierzu jedoch keinen Beitrag. Das Programm „Aufholen nach Corona“ habe zwar die richtige Intention gehabt, sei aber insgesamt nicht gut und vor allem zu undifferenziert ausgestaltet, gleichwohl es einige gute Projekte gebe. Allerdings habe es Rückmeldungen aus den Ländern gegeben, dass teilweise bereits ohnehin geplante Stellen oder Projekte aus dem Programm finanziert worden seien. Es könne jedoch nicht die Aufgabe des Bundes sein, Aufgaben der Länder zu finanzieren. Auch im Hinblick auf die Verteilung der Haushaltsmittel zwischen Bund und Ländern sei dies derzeit nicht darstellbar, weshalb es erstaunlich sei, dass die CDU/CSU-Fraktion dies vorantreibe. Festzuhalten sei, dass eine Fortführung des Programms nicht zielgerichtet sei. Auch gehe die Vorstellung fehl, innerhalb von zwei Monaten ein Bund-Länder-Programm entwickeln zu können, welches einen dauerhaft wichtigen Beitrag leisten solle.

Man könne aus dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ die Lehre ziehen, dass Bund-Länder-Vereinbarungen sorgfältig ausgehandelt sein müssten und auch die Bedingungen für die Mittelvergabe keine Interpretationsspielräume enthalten sollten. Weiterhin sei es wichtig, die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Anfang an mitzudenken, damit man überprüfen könne, welche Fortschritte erreicht würden. Dies stelle man, anders als dies beim Aktionsprogramm Aufholen nach Corona geschehen sei, nun beim Startchancen-Programm in den Fokus. Angesichts der angespannten Haushaltssituation sei es wichtig, die Haushaltsmittel zielgerichtet und differenziert dort zu investieren, wo ein dauerhafter Beitrag geleistet werden könne.

Die **Fraktion der AfD** stellt dar, man sei sich in der Analyse des Problems einig, bloß die möglichen Lösungswege sehe man unterschiedlich. Die Forderungen im Antrag der CDU/CSU-Fraktion sehe die AfD-Fraktion aus verschiedenen Gründen kritisch. So könne man zum Beispiel mit „Gamification“ die vorhandenen Probleme nicht lösen.

Im Hinblick auf die „Sprach-Kitas“ sei es nicht verständlich, wie man Projekte auslaufen lassen könne, die personell besetzt seien. Die „Sprach-Kitas“ leisteten einen sehr wichtigen Beitrag für das Bildungssystem in Deutschland. So gebe es beispielweise in Rheinland-Pfalz viele Bereiche, in denen fast 50 Prozent der Deutschen keine Muttersprachler seien. Auf Programme, die wichtige Säulen für eine zukünftige Gesellschaft seien, könne man nicht verzichten.

Das Parlament sollte in der derzeitigen Situation eine treibende Funktion einnehmen und gute Vorschläge hervorbringen. Der Ansatz der Regierungskoalition, Vorhaben in die Zukunft zu verschieben, um es besser zu machen, sei hingegen nicht nachvollziehbar. Vielmehr sollten funktionierende Programme unterstützt und darauf aufgebaut werden.

Die **Fraktion DIE LINKE** schließt sich der Kritik der CDU/CSU-Fraktion im Hinblick darauf an, dass die Regierungskoalition das Corona-Aufholprogramm auslaufen lasse, ohne etwas Neues aufzulegen, zumal auch der Faktor Zeit eine wichtige Rolle spiele.

Sie widerspricht der AfD-Fraktion, dass man sich bei der Zielsetzung des Programmes einig sei. Insbesondere die ablehnende Haltung der AfD-Fraktion zu medizinischen Masken teile man nicht.

Vor dem Hintergrund der Studie des WZB zu den Wirkungen der Aufholprogramme sei es geboten, auch selber Vorschläge zu unterbreiten, wie man Schülerinnen und Schülern helfen könne, Lernrückstände aufzuholen und mit den psychosozialen Folgen zurechtzukommen. Vor dem Hintergrund, dass Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien, welche die Unterstützung besonders dringend benötigten, mit dem Programm nicht richtig erreicht worden seien, sei eine entsprechende Anpassung notwendig. Auch müsse dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die meisten Bundesländer die Mittel undifferenziert verteilt hätten und Gymnasien und Privatschulen im gleichen Umfang profitiert hätten wie sozial belastete Schulen. Hier wäre eine Verteilung nach dem Sozialindex vorzugswürdig.

Der Ansatz der Fraktion der CDU/CSU konzentriere sich zu sehr auf die digitale Komponente und lege zu wenig den Fokus auf den pädagogischen Bereich, der durch Digitalisierung nicht kompensiert werden könne. Des Weiteren müsse man Abstand nehmen von dem rein auf Schulnoten und formalen Qualifikationen ausgerichteten Bildungsbegriff. Während der Pandemie sei klar geworden, wie sehr dieses Denken an den Bedürfnissen und Problemen der jungen Menschen vorbeigehe. Dieser Fokus habe zu noch mehr Stress für die Schüler/-innen und Eltern geführt und die psychosozialen Folgen außen vor gelassen.

Es sei in der derzeitigen Situation wichtig, mit ausreichend Haushaltsmitteln an das Programm anzuknüpfen und in Lehrkräfte, pädagogisches Personal, Räume, Freizeitangebote und soziale Arbeit zu investieren. Falsch sei es hingegen, sich jetzt auf eine schlechte Haushaltslage zu berufen und nicht tätig zu werden.

Berlin, den 28. September 2022

**Katrin Zschau**  
Berichterstatterin

**Daniela Ludwig**  
Berichterstatterin

**Nina Stahr**  
Berichterstatterin

**Ria Schröder**  
Berichterstatterin

**Nicole Höchst**  
Berichterstatterin

**Nicole Gohlke**  
Berichterstatterin

